

Quellendokument – AfD-Parteiverbot

Haltestelle	Argument	Quelle
Schwentinestraße	Kurzer Abriss Parteiverbot: Die Tatsache, dass die AfD nicht verboten ist, sagt nichts darüber aus, wie gefährliche die AfD tatsächlich ist und ob sie nicht verboten werden könnte.	Cremer, Hendrik (2023): Warum die AfD verboten werden könnte: Empfehlungen an Staat und Politik. Deutsches Institut für Menschenrechte, S. 11.
Grenzstraße	Argumente gegen AfD-Parteiverbot, um diese direkt zu entkräften: Ein Parteiverbot kann als schärfstes Schwert der wehrhaften rechtsstaatlichen Demokratie immer nur ein letztes Mittel sein. Dabei ist klar, dass ein Verbot kein Allheilmittel gegen das von einer verfassungswidrigen Partei verbreitete Gedankengut ist. Das in der Gesellschaft existierende rassistische und rechtsextreme Gedankengut ließe sich durch ein Verbot der AfD nicht als der Welt schaffen. Trotzdem gibt es gute Gründe für das Anstreben eines AfD-Verbots.	Cremer, Hendrik (2023): S. 62.
Seefischmarkt	Die AfD ist profaschistisch aus zwei Gründen: Zum einen hat sie mit dem Höcke-Flügel ein braunes Gärbecken geschaffen, welches sie nach außen hin abschirmt und verteidigt. Zudem greift die AfD auf sehr breiter Front alle Gruppen an, die antifaschistisch wirken.	Andeaskemper.org (letzter Zugriff: 08.07.2025)
HDW	Eine Demokratie muss sich gegen ihre Feinde wehren, auch wenn sie im Parlament sitzen. Sonst hätten Extremisten ab einer bestimmten Größe einen Freifahrtschein.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
KVG-Betriebshof	Meinungsfreiheit hat auch Grenzen. Die Grenze ist erreicht, wenn AfD-Mitglieder und Repräsentant*innen den Holocaust leugnen und Deutsche in „Biodeutsche“ und „Passdeutsche“ einteilen.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Hummelwiese	Es ist unerträglich, dass die AfD öffentliche Gelder bekommt. Damit finanziert die demokratische Gesellschaft diejenigen, die gegen sie Arbeit. Dass die parteinahe Stiftung der AfD, die DES, keine öffentlichen Gelder mehr erhält, ist ein Schritt in die richtige Richtung.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025) https://blog.campact.de/2025/05/desiderius-erasmus-stiftung-des-afd-foerderung-hintergrund/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Hauptbahnhof	Ein AfD-Verbot würde die rechtsextreme Szene schwächen. Denn aktuell unterstützt die AfD den (teils gewaltbereiten) Rechtsextremismus beispielsweise mit Anstellung.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)

Quellendokument – AfD-Parteiverbot

Andreas-Gayk-Straße	Selbst wenn die Partei nicht verboten wird, könnte das Gericht der AfD öffentliche Gelder entziehen.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Martensdamm	Parteiverbote gibt es auch in anderen Demokratien. Der Europäische Menschenrechtshof hat in mehreren Verfahren bestätigt, dass ein Parteiverbot ein legitimes Mittel sein kann.	https://correctiv.org/aktuelles/debatte-um-afd-verbot/2025/05/07/pro-und-contra-afd-verbot/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Dreiecksplatz	Artikel 21 Absatz 2 GG zielt darauf ab, frühzeitig die Möglichkeit des Vorgehens gegen verfassungsfeindliche Parteien zu eröffnen, bevor die betroffene Partei bereits eine zu starke Stellung erreicht hat. Er zielt nicht auf die Abwehr bereits entstandener, sondern auf die Verhinderung des Entstehens künftig möglicherweise eintretender Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung.	Cremer, Hendrik (2023): S. 58.
Schauenburgerstraße	Gegen ein Verbotsverfahren ließe sich anführen, dass die AfD im Zuge eines entsprechenden Antrags und der damit verbundenen Diskussion über ein Verbotsverfahren an Aufmerksamkeit gewinnen könnte und ein Verfahren ihr insbesondere die Möglichkeit bieten würde, sich als Opfer zu inszenieren. Dies wäre angesichts der bereits jetzt von der AfD bemühten Rhetorik und Inszenierung als Opfer naheliegend. Bei dem Ansinnen, eine Opferinzenierung zu vermeiden, wäre allerdings zu berücksichtigen, dass Parteien wie die AfD immer Gründe finden werden, sich als Opfer zu inszenieren. Dies ist Bestandteil ihrer Strategie und ihres Selbstverständnisses. Würde ein Verbotsantrag hingegen nur deshalb gemieden, um der AfD keine Möglichkeit zu bieten, sich als Opfer zu inszenieren, würde dies in der Konsequenz darauf hinauslaufen, eine wichtige Schutzmöglichkeit der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie aufzugeben. Damit wäre die Strategie der AfD, sich als Opfer zu inszenieren, vollends aufgegangen.	Cremer, Hendrik (2023): S. 62.
Ansgarkirche	„30% der Wähler*innen lassen sich nicht verbieten.“ Bei einem Verfahren für ein Verbot einer Partei werden auch nicht die	https://www.moment.at/story/afd-verbot-die-vielen-falschen-argumente-gegen-ein-verfahren/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)

Quellendokument – AfD-Parteiverbot

	<p>Wähler*innen verboten, sondern es wird überprüft, ob eine Parteistruktur verboten wird. Es ist wohl wahr, dass 20 bis 30% der Wähler*innen sich dann bei Wahlen umorientieren müssen. Die Anzahl der Wähler*innen ist aber kein Argument – wenn doch, dann sogar ein bestärkendes (siehe NPD).</p>	
Uni-Hochhaus	<p>„Kein*e Wähler*in kommt deswegen zu einer demokratischen Partei zurück.“ Das ist ein Missverständnis darüber, was ein Verbotsverfahren leisten soll und kann. Ein Verbotsverfahren dient dazu, juristisch zu prüfen, ob eine Partei eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat ist. Es dient nicht dazu, politisch zu überzeugen. Überzeugte Wähler*innen rechtsextremer Parteien sind für demokratische Parteien kaum mehr erreichbar. Viel wichtiger sind aber jene, die gerade zum ersten Mal extrem rechts wählen bzw. jene, die es nicht tun.</p>	https://www.moment.at/story/afd-verbot-die-vielen-falschen-argumente-gegen-ein-verfahren/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Uni-Sportstätten	<p>„Die AfD muss politisch gestellt werden.“ Ja, das muss sie. Die Versuche diesbezüglich sind auch ohne Verbotsverfahren überschaubar. Meistens wird jede wissenschaftliche Evidenz ignoriert und der extremen Rechten in Themensetzung und Argumentation nachgesprungen. Damit sendet man die falsche Botschaft aus, dass die extreme Rechte eigentlich das Recht habe, aber es ein wenig zu grauslich formuliert. Das ist ein politisches Stellen, sondern eine politische Selbstaufgabe.</p>	https://www.moment.at/story/afd-verbot-die-vielen-falschen-argumente-gegen-ein-verfahren/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)
Leibnizstraße	<p>Der von der AfD ausgehenden Gefahr für die freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie kann nur effektiv begegnet werden, wenn sich die anderen politischen Parteien unmissverständlich von der AfD abgrenzen, sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der formalen und praktischen Ebene. Erforderlich ist demnach, dass die anderen Parteien auf allen Ebenen, sei es im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen, eine klare Linie der Abgrenzung zur AfD praktizieren, auch wenn damit im parlamentarischen Raum mitunter erhebliche Anstrengungen verbunden</p>	Cremer, Hendrik (2023): S. 63.

Quellendokument – AfD-Parteiverbot

	sind. Hierzu gehört es beispielsweise, mit der AfD keine gemeinsamen Anträge zu stellen, auch keine AfD-Anträge zu unterstützen. AfD-Mitglieder sind außerdem nicht in Ämter zu wählen. Die anderen politischen Parteien müssen auch im öffentlichen Diskurs alles tun, um einer Normalisierung der AfD und ihrer Positionen entgegenzuwirken.	
Uni-Bibliothek	Gerade dann, wenn sich rechtsextremes Gedankengut in einer Gesellschaft zunehmend verbreitet, ist es geboten, diese Entwicklungen im Bereich der Bildung aufzugreifen und beispielsweise gängige Argumentationsmuster, Strategien und Verschwörungserzählungen zu thematisieren, die bei der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts eingesetzt werden. Dies gilt für schulische Bildung genauso wie für außerschulische Bildung, aber auch etwa für den Bereich der Aus- und Fortbildung von staatlichen Pflichtträgern.	Cremer, Hendrik (2023): S. 64.
Botanischer Garten	Ein Verbot ersetzt allerdings nicht die politische Auseinandersetzung - und das soll es auch gar nicht. Ein Verbotsverfahren ist kein politischer Überzeugungsprozess, sondern entzieht, wenn erfolgreich, einer Partei Struktur und Ressourcen, die eine Gefahr für das Funktionieren der Demokratie darstellt. Nicht mehr und nicht weniger.	https://www.moment.at/story/afd-verbot-die-vielen-falschen-argumente-gegen-ein-verfahren/ (letzter Zugriff: 08.07.2025)

Weiterführendes:

Kein Steuergeld für die Desiderius-Erasmus-Stiftung Petition:

<https://aktion.campact.de/rechtsextremismus/petition-afd-stiftung-finanzierung-stoppen/teilnehmen>
(letzter Zugriff: 08.07.2025)

Beweisdatenbank für die Verfassungsfeindlichkeit der AfD: <https://afd-verbot.de/> (letzter Zugriff: 08.07.2025)

Quellendokument – AfD-Parteiverbot

Erklärungsgrafik Parteiverbotsverfahren

Parteiverbotsverfahren in Deutschland

Seit Bestehen der Bundesrepublik wurden zwei Parteien verboten – die Sozialistische Reichspartei (SRP, 1952) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, 1956). So läuft ein Verbotsverfahren ab:

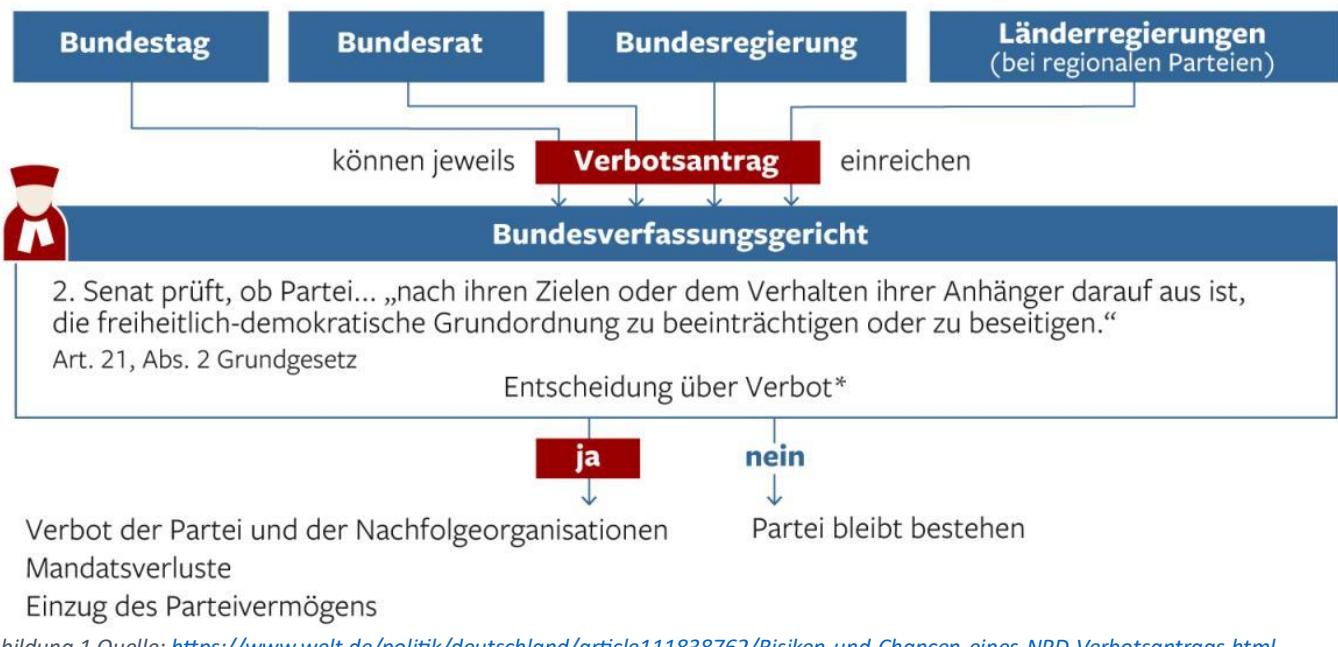


Abbildung 1 Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article111838762/Risiken-und-Chancen-eines-NPD-Verbotsantrags.html>

(letzter Zugriff: 08.07.2025)